

**Ansprache des Parlamentspräsidenten der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens und Ersten Vizevorsitzenden des
Ausschusses der Regionen, Herrn Karl-Heinz Lambertz,
anlässlich des Neujahrsempfangs der SPD Cochem**

Cochem – 14. Januar 2016

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Heike, lieber Benedikt,

das wird jetzt gar kein so einfacher Brückenschlag von dem lebendigen Alltag hier an der Mosel in Cochem zum fernen und für viele als negativ erfahrenen Brüssel – in seiner Eigenschaft als EU-Hauptstadt.

Europa kann sehr schön und lebendig sein, denn Europa ist vor allem eine großartige Vielfalt, die man ganz besonders in Gremien wie dem Ausschuss der Regionen erleben kann, wo weniger die 28 Mitgliedstaaten als vielmehr 350 Vertreterinnen und Vertreter aus den hunderten Regionen und Dachverbänden der Gebietskörperschaften aus der gesamten EU zusammenkommen. Dort kann man ganz konkret erleben, wo der Mehrwert dieses Zusammenseins liegt, und ich würde mir wünschen, dass noch viel mehr Menschen als diese 350 AdR-Mitglieder diese Erfahrung regelmäßig machen könnten.

Im Vergleich zu früher haben heute viel mehr Menschen die Gelegenheit, gelebtes Europa hautnah zu erfahren. Als ich studierte, war es eine außergewöhnliche Sache, vom Deutschen Akademischen Austauschdienst eine Börse zu bekommen und dann zwei Jahre nach dem Abschluss in Belgien einige Semester an einer deutschen Universität studieren zu dürfen. Heute machen Tausende junger Menschen diese Erfahrung im Rahmen des Erasmusprogramms und berichten immer wieder voller Begeisterung von dem, was sie dabei erlebt haben. Dabei wird deutlich, wie bereichernd der Austausch in Europa ist.

Dennoch gehört in diesen Zeiten manchmal schon sehr viel Mut dazu, positiv über Europa zu reden, denn die EU ist heute fast schon ein Schimpfwort geworden. Alles, was nicht funktioniert, wird Europa aufs Brot geschmiert. Ohne jeden Zweifel steckt Europa zurzeit in einem fürchterlichen Stimmungstief – ja in einer richtigen Krise. Man muss schon mehr als blind sein, um das nicht zu sehen. Für viele steht sogar fest: Europa ist am Ende. Wenn jemand mir vor 15 Jahren gesagt hätte, dass 2015 die europafeindlichen Rechtsradikalen des FN bei den

Regionalwahlen zur stärksten Partei in Frankreich – dem Land der französischen Revolution – emporsteigen würden, dann hätte ich den für verrückt erklärt. Auch das, was wir zurzeit in Polen erleben, lässt einem wirklich angst und bange werden.

Was ist eigentlich mit unserem Europa los? Als Martin Schulz 2012 ein erstes Mal zum Präsidenten des Europäischen Parlamentes gewählt wurde, hat er von der Gefahr eines Paradigmenwechsels gesprochen. Er sagte damals, Europa sei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Hoffnung der Menschen auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gewesen. Aus der Asche des Zweiten Weltkrieges ist in der Tat eine visionäre europäische Zusammenarbeit entstanden. Für viele hat diese inzwischen einen bürokratischen Moloch entstehen lassen. Daher bemerkte Martin Schulz damals sehr richtig, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer mehr Menschen Europa als eine Gefährdung ihrer Lebensqualität erleben. Das kann nur schief gehen, wenn wir alles so weiter laufen lassen. Deshalb ist es von allergrößter Bedeutung, sich ein realistisches Bild vom Zustand Europas zu machen und sich die Frage zu stellen, wie wir dieses Europa wieder auf die richtige Spur bekommen.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, Probleme und Herausforderungen steht für mich persönlich fest: Es gibt zur Fortsetzung der europäischen Zusammenarbeit und Integration keine wünschenswerte Alternative. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Wer das nicht glaubt, dem muss man ein bisschen Geschichtsunterricht erteilen. Meine Generation und die meiner Kinder haben hierzulande keinen Krieg aus eigener Erfahrung erlebt. Sie haben allerdings viel Krieg am Fernsehen gesehen – und ich frage mich manchmal, ob das, was dort gezeigt wird, sensibilisiert oder abstumpft. Wir leben in einem offenen Binnenmarkt und in einem gemeinsamen Währungsraum, deren zahlreiche Vorteile wir tagtäglich genießen. Die Deutsche Einheit hätte es niemals ohne den europäischen Einigungsprozess gegeben. Nicht zuletzt kennen wir im Vergleich zu vielen Teilen der Welt einen beachtlichen Wohlstand, den wir auch größtenteils Europa verdanken. Damit möchte ich wohlbemerkt keineswegs die durchaus bestehenden Ungleichheiten kleinreden, auf die ich gleich noch zu sprechen komme.

Die Bedeutung Europas geht aber noch weit darüber hinaus. Kein Staat in Europa ist zu Beginn des 3. Jahrtausends auch nur ansatzweise in der Lage, die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, alleine meistern zu können. Das gilt sowohl für die weitere Friedenssicherung als auch für den Umgang mit der Ressourcenknappheit. Das gilt für die Veralterung unserer Gesellschaft ebenso wie für die Energiewende, die Globalisierung oder die soziale Gerechtigkeit. Wenn wir diese Themen so, wie sie sich

heute ganz konkret darstellen, in einem globalen Kontext untersuchen und die Frage nach Verbesserungen der jeweiligen Umstände stellen, dann werden wir irgendwo immer an die Grenzen der Machbarkeit nationalstaatlicher Politik angelangen. Immer wieder werden wir feststellen, dass diese Herausforderungen nur gemeinsam – zumindest auf kontinentaler europäischer Ebene – gemeistert werden können. Viele Lösungen setzen sogar voraus, dass ein starkes Europa sich weltweit durchsetzen und behaupten kann. Deshalb bleibt Europa eine Notwendigkeit und deshalb muss es mehr Europa geben. Aber es muss ein anderes Europa geben!

Über dieses andere Europa möchte ich heute einiges sagen, das sich aus meiner persönlichen Überzeugung und Erfahrung ergibt. Zunächst möchte ich einige Schief lagen identifizieren, gegen die wir etwas unternehmen müssen. Vorweg möchte ich erwähnen, dass dies uns nur gelingen wird, wenn wir es wirklich wollen und uns politisch zusammenraufen! Diese Bemerkung bezieht sich nicht zuletzt auf die europäischen politischen Familien, die zu wichtigen Fragen der Europapolitik intern nicht immer einer Meinung sind. Sie ist aber auch für die Zusammenarbeit über parteipolitische Grenzen hinaus von Belang. Einerseits ist die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Kräften in Europa gefordert. Andererseits müssen wir uns als Befürworter Europas vielerorts mühevoll gegen die oftmals sehr populistischen Europaskeptiker und -Gegner durchsetzen. Dass es mittlerweile im Europaparlament sogar eine rechtsradikale Fraktion gibt, steht Europa wahrlich nicht gut zu Gesicht.

Was läuft in Europa alles schief? Europa hat in den vergangenen Jahrzehnten zwar viele Fortschritte gemacht, ist aber institutionell leider auf halbem Weg stehen geblieben. Ein Europa mit 28 Mitgliedstaaten, das noch immer so funktioniert, wie es einmal mit 6, 12 oder 15 Mitgliedsstaaten der Fall war, kann unmöglich erfolgreich arbeiten. Dazu braucht man sich nur den Ablauf eines europäischen Ministerrats anzuschauen. Da wird ein langer erster Teil damit verbracht, dass die Vertreter aller 28 Staaten Grußworte sprechen, ihre guten Absichten bekunden und sich dafür bedanken, wie toll das Rahmenprogramm am vorherigen Abend war. Wenn dann jedes halbe Jahr auch noch eine andere Präsidentschaft die Zügel in Händen hält, wird es richtig schwierig, denn eine halbjährlich rotierende Präsidentschaft führt zu einer Dynamik, die dem Vorankommen nicht immer förderlich ist. Dem könnte man entgegen halten, dass der Vorsitz in den Regierungen der Schweizer Eidgenossenschaft und deren Kantone ebenfalls im Jahresrhythmus rotiert. Dort befinden wir uns jedoch in einem ganz anderen Kontext. Darüber hinaus bin ich mir nicht ganz sicher, ob alle Details der Schweizer Demokratie weltweit als Vorbild dienen können.

Noch deutlicher kommen die Unzulänglichkeiten des komplexen EU-Systems zum Ausdruck, wenn man sich die Frage stellt, wer in Europa etwas entscheiden kann. Da schafft man es selbst nicht, sich auf eine Person zu einigen, die den Friedensnobelpreis entgegennehmen soll. Dafür gab es in Oslo gleich drei Kandidaten: den europäischen Präsidenten, den Kommissionspräsidenten und den Präsidenten des Europäischen Parlamentes. Da sie sich nicht einigen konnten, haben sie die Rollen untereinander aufgeteilt. Die intelligenteste Rolle hat dabei wahrscheinlich der Präsident des Europaparlamentes gespielt. Er hat nicht gesprochen, sondern den Friedensnobelpreis in seinen Händen gehalten und den Kameras entgegengelächelt. Diese Bilder sind in unserer Erinnerung hängen geblieben. Ich glaube nicht, dass sich jemand von Ihnen noch an die zu diesem Anlass gehaltene Rede des damaligen Präsidenten des Europäischen Rates erinnert. An diesem eher symbolischen Beispiel werden die Unzulänglichkeiten des aktuellen Regierungssystems in der EU deutlich. Wenn man sieht, welche Auswirkungen dieses System in der Alltagspraxis und insbesondere bei der Lösung schwieriger Fragen hat, dann wird völlig klar, dass man es in Nizza vor der EU-Osterweiterung sträflich versäumt hat, die europäischen Institutionen so zu organisieren, dass sie auch mit 28 Mitgliedstaaten gut funktionieren können. In diesem Punkt muss dringend nachbessert werden, aber da es dazu einer Einstimmigkeit bedarf, ist das nicht ganz einfach.

Ein weiteres Handicap besteht darin, dass Europa paradoxer Weise gleichzeitig ein Riese und ein Zwerg ist. Europa ist ein Riese beim Regeln von Details. Das Gerücht, Europa regele selbst die Krümmung der Banane stimmt zwar so nicht, aber es ist ein typisches Beispiel für das bürokratische Image der EU. Es gibt in der Tat eine Menge von Dingen, deren Regelung die EU besser den Staaten und Gebietskörperschaften überließe, um sich auf die für die Zukunft Europa wirklich wichtigen Angelegenheiten zu konzentrieren. Bei der vorletzten Weltklimakonferenz in Kopenhagen hat Europa sich fürchterlich blamiert. Diesmal hat es in Paris besser geklappt. Dennoch ist die EU viel zu oft bei großen Entscheidungen weltweit nicht stark und gut genug aufgestellt, um wirklich mitspielen zu können. Deshalb muss sie da, wo sie heute ein Zwerg ist, zu einer normalen Größe heranwachsen und sich da auf eine normale Größe zurückentwickeln, wo sie eine übergroße Regelungsdichte in Detailfragen herangezüchtet hat.

Als weiteres Handicap Europas erweist sich die Tatsache, dass ein unerträgliches Ungleichgewicht zwischen der Finanzwirtschaft und der realen Wirtschaft entstanden ist. Wenn wir heute mit großen Problemen zu kämpfen haben, weil aus einer Bankenkrise am Ende eine Staatsschuldenkrise geworden ist, dann ist das auch ein Zeichen dafür,

dass Europa sich nicht effizient mit diesen Problemen auseinandergesetzt hat. Das ist auch nicht sehr verwunderlich, wenn man weiß, dass es eigentlich unmöglich ist, eine gemeinsame Währung einzuführen, ohne gleichzeitig bedeutende Aspekte der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik gemeinsam zu gestalten. Ansonsten gibt man das Instrument der Abwertung aus den Händen, ohne eine gleichwertige Steuerungsmöglichkeit zur Verfügung zu haben. Das führt sehr oft auch noch zu einer einseitigen Austeritätspolitik, bei der vor allem Leistungsabbau betrieben werden muss und die Investitionskapazität der Gebietskörperschaften wegen europäischer Mechanismen zum Schuldenabbau und zur Defizitbegrenzung auf der Strecke bleibt. Die aktuellen europäischen Vorgaben in Sachen Haushaltskonsolidierung und Investitionstätigkeit laufen in eine Richtung, die es den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in erheblichem Masse erschwert, ihrer wichtige Aufgabe als Investoren der Daseinsvorsorge in zufriedenstellender Weise nachzukommen. Insbesondere die Investitionskapazität der Länder und Gebietskörperschaften hat sich in den letzten Jahren bedeutend verringert. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, die Wichtigkeit von Schuldenabbau und Haushaltssanierung zu betonen. Wenn man jedoch die Ersparnisse der Menschen nicht zur Finanzierung von sinnvollen – auch stattlichen – Investitionen im eigenen Lande, sondern von Immobilienblasen – etwa in Spanien – nutzt, dann bin ich mir nicht ganz sicher, ob man den volkswirtschaftlich sinnvollsten Weg beschreitet. Es muss europaweit zu einem Kurswechsel kommen und einiges neu überdacht werden. Mit dem Juncker-Plan macht die EU einen – allerdings nur zaghaften – ersten Schritt.

Europa hat noch ein anderes Problem, das nicht zu unterschätzen ist. Die EU hat Wettbewerbsregeln geschaffen, die einigermaßen gut funktionieren. Dem steht jedoch keine korrekte europarechtliche Verankerung der Daseinsvorsorge gegenüber. Es wird immer schwieriger, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – die gerade für die Gebietskörperschaften so wichtig sind – effizient und zweckdienlich zu gestalten, ohne dauernd von europäischen Wettbewerbsregeln eingeengt, ausgehebelt oder in seinen Handlungsmöglichkeiten beschränkt zu werden. Da hat Europa versagt und das übrigens seit Beginn und nicht erst seit kurzem, weil man es ganz einfach nicht gewollt oder zumindest nicht geschafft hat, für diese Handlungsmöglichkeiten einen europäischen Rechtsrahmen zu schaffen, der einen inhaltlichen Mehrwert bietet anstatt ständig einengende Hindernisse aufzubauen.

Das sind einige der Schiefelage, mit denen wir in Europa zu kämpfen haben. Wenn wir diese nicht beseitigen, werden wir noch sehr lange mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die augenblickliche Krise

bietet daher auch eine Gelegenheit, sich nochmal neu zu besinnen und den Versuch zu unternehmen, die Entwicklung Europas in eine neue Richtung zu lenken. Das ist dringend nötig, denn zurzeit jagt ein Problem das andere. In der Wahrnehmung verdrängen diese sich übrigens gegenseitig: Was haben wir nicht über Griechenland diskutiert, doch heute spricht kaum noch jemand darüber. Gleiches kann man von der Ukraine sagen. Demnächst wird die schwierige Diskussion zu den Sonderwünschen der Briten im Mittelpunkt stehen. Zurzeit wird alles von der Flüchtlingsproblematik überrannt, bei der Europa ebenfalls nicht ohne Schuld da steht. Wenn ich hier Europa sage, meine ich nicht „die da in Brüssel“, sondern in Wirklichkeit uns alle – die 500 Millionen Europäer und ihre politischen Vertreter, die zu Hause allzu gerne jegliche Wohltat als ihre eigene Leistung verkünden und alles, was nicht richtig klappt, Brüssel in die Schuhe schieben und dabei natürlich verschweigen, dass sie dort mitentscheiden.

Die Flüchtlingsproblematik ist nicht neu, aber wo waren die Reaktionen, als vor einigen Jahren die Hilferufe wirklich massiv aus Griechenland und Italien kamen? Da hat Europa nicht rechtzeitig und resolut gehandelt. Man hat sich hinter den Dublin-Regeln versteckt, die sich bei massiven Flüchtlingsbewegungen als unbrauchbar erwiesen haben. Augenblicklich wäre eigentlich Solidarität notwendig und ein gesamteuropäischer Ansatz sowohl an den Außengrenzen als auch im Umgang mit dem Flüchtlingsproblem in den einzelnen Mitgliedstaaten. Dort gibt es große Herausforderungen, die jedoch im Vergleich zu der Lage in anderen Ländern dieser Erde durchaus noch überschaubar bleiben. Es ist ernüchternd, erschütternd und beschämend, wie die Solidarität angesichts dieser Probleme zerbricht, wie die einzelnen Staaten Sonderwege beschreiten, sich verweigern und damit zu Hause in großen Reden auch noch Stimmung machen. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die mindestens so schwierig ist wie das Problem selbst. Aus diesem Grund ist es von allergrößter Bedeutung, dass die Staaten sich besinnen, eine gemeinsame Politik hinbekommen und ihre Verantwortung übernehmen und zwar in vielfältiger Weise und für längere Zeit. Das Schwierige an dem Flüchtlingsproblem ist sicherlich, dass es nicht von heute auf morgen verschwinden wird, weil die Ursachen nicht so ohne weiteres behoben werden können. Auf die Behebung dieser Ursachen hat Europa im Übrigen wegen der vorhin erwähnten Riese-Zwerg-Diskrepanz einen viel kleineren Einfluss, als es haben könnte. Deshalb müssen wir uns so aufstellen, dass wir in der Lage sind, diese Dinge längerfristig zu gestalten und eine echte Integrationsleistung hinzubekommen. Diese erfordert natürlich auch eine überschaubare Kanalisierung der Flüchtlingsströme und klare Spielregeln bei der Verteilung. Ich kann nur unterstreichen: Wer aus Kriegsgebieten nach Europa kommt, der muss hier

korrekt empfangen werden. Aber wir haben auch das Recht, von ihm ein Verhalten zu erwarten, das eine Integration in unsere Gesellschaft ermöglicht. Wir müssen hier die Besonderheiten eines Jeden respektieren, aber wir benötigen auch Anpassungsbereitschaft auf beiden Seiten und klare Spielregeln, die für alle gelten und an die sich auch jeder halten muss.

In Europa brauchen wir Zusammenhalt. Das gilt nicht nur für soziale Herausforderungen, sondern auch für die territoriale Zusammenarbeit. Europäische Politik kann sich nur verwirklichen, wenn sie vor Ort Früchte trägt. Die Menschen vor Ort kennen die europäischen Politiker vielleicht vom Bild her, aber kommen sehr selten persönlich an sie ran. Wenn den Menschen etwas nicht passt, dann wenden sie sich eher an ihre Bürgermeister, Landräte und vielleicht auch Staatssekretäre, Minister, Landtagsabgeordnete oder sonstige Parlamentarier. Wenn diese Ansprechpartner dann erklären, dies oder jenes Problem sei Europa schuld, dann ist das den Menschen meist völlig egal. Sie wollen nicht wissen, wer zuständig ist, sondern eine Lösung für ihr Problem erhalten. Daher müssen wir Europa dazu zwingen, Dinge so zu machen, dass sie vor Ort einen Mehrwert bringen, und darauf zu hören, was über die Regionen, Städte und Kommunen von den Bürgern an die europäischen Institutionen herangetragen wird. Diese Mittlerfunktion ist noch deutlich ausbaufähig. Dabei spielt insbesondere auch der Ausschuss der Regionen mit anwesenden Politikern aus der regionalen und lokalen Ebene Europas eine wichtige Rolle.

Das alleine wird jedoch nicht genügen. Wir brauchen auch eine zukunftsorientierte Geschichte im doppelten Sinne von „story“ und „history“. Etwas, wofür Menschen sich begeistern können, wofür sie sich einsetzen und das sie davon überzeugt, dass es auch für ihr eigenes Leben einen nachvollziehbaren Mehrwert hat. Dieser Herausforderung müssen wir uns jeden Tag neu stellen, ganz nach dem Kredo von Willy Brandt: "Nichts kommt von alleine und nur wenig ist von Dauer". Historische Leistungen mögen interessant sein, um Bücher zu füllen, aber sehr oft zerrinnen sie, wenn sie nicht unterhalten werden. Gerade die Flüchtlingsthematik zeigt, wie zerbrechlich gewisse Dinge in Europa sind. Wenn wir nicht immer wieder neu anfangen und die europäische Integration weiterentwickeln, werden wir nicht vorankommen, sondern stehen bleiben und uns sogar rückwärts bewegen. Das ist eine ganz große Herausforderung, aber sie macht Sinn, denn Europa hat einiges zu verteidigen.

Jeder Kontinent hat seine Vorteile. Es ist schon beeindruckend und einmalig, wie sich die Lebensqualität und die kulturelle Vielfalt in Europa im Laufe der Geschichte entwickelt haben und welche Rolle wir Europäer auch weltweit gespielt haben. Bei Betrachtung des europäischen Sozialstaatsmodells wird deutlich, dass soziale Gerechtigkeit nirgendwo so gut funktioniert wie in Europa. Selbstverständlich möchte ich die bestehende Ungerechtigkeit in Europa nicht herunterspielen. Diese haben viel damit zu tun, wie Lebenschancen von Geburt an ungerecht verteilt werden. Für Erläuterungen hierzu empfehle ich das Buch des französischen Wissenschaftlers Thomas Pikety „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Dort wird in eindrucksvoller Weise dokumentiert, dass Reichtum vor allem durch Erbschaft und viel weniger durch eigene Arbeit entsteht. Trotz dieser Ungleichheit wird einem die Einzigartigkeit unseres europäischen Sozialstaatsmodells sehr schnell deutlich, wenn man sich außerhalb Europas bewegt. Wenngleich es bei uns Unterschiede gibt zwischen dem, was in Polen, Deutschland, Großbritannien oder Schweden an sozialen Standards gilt, sind diese geringfügig verglichen mit dem Unterschied zu Südamerika, Afrika, Asien und selbst den USA. Ich habe mir vor kurzem nochmals eine Rede von Obama zur von ihm in den USA eingeführten Krankenversicherung angeschaut. Wenn man sieht, gegen welche verbissenen Widerstände er diese bescheidene Regelung hat durchsetzen müssen, und wenn man diese dann mit dem vergleicht, was hierzulande Standard ist, dann kann man zu Recht sagen, dass es in Europa doch sehr viel sozialer und gerechter zugeht als auf anderen Kontinenten.

Für die Zukunftstüchtigkeit der EU ist das europäische Sozialstaatsmodell eine ganz entscheidende Trumpfkarte. In diesem Zusammenhang möchte ich den jetzigen Kommissionspräsident Juncker aus der Ansprache zitieren, die er 2006 als Karlspreisträger in Aachen gehalten hat: „Wenn Europa mit seinem wirtschaftlichen Erfolgsmodell wirklich überleben will, dann müssen wir auch ein soziales Erfolgsmodell mit Abbau der Massenarbeitslosigkeit in vielen Staaten auf die Beine stellen und dafür haben wir zehn Jahre Zeit.“ Diese Worte formulierte er vor genau 10 Jahren, als noch nicht von der Finanzkrise die Rede war. Ich bin nicht ganz sicher, ob wir schon alles auf die Reihe bekommen haben, was zum Erreichen dieses Zieles notwendig ist. Vor einigen Tagen hatte ich die Gelegenheit, mit der aus Belgien stammenden EU-Kommissarin für soziale Angelegenheiten zu sprechen. Sie erläuterte auf beeindruckende Weise, welches Schindluder in Europa beispielsweise mit der Entsenderichtlinie betrieben wird und wie Arbeitsplätze durch Sozialdumping zerstört werden. Da ist Handlungsbedarf angesagt und der muss europäisch sein. Auch der europäische Mindestlohn ist eine ganz wichtige Sache, selbst wenn es nicht ganz einfach sein dürfte, die nötigen Mehrheiten im Europäischen

Rat und im Europäischen Parlament zu mobilisieren. Dennoch ist dies sehr wichtig, denn wenn wir solche politischen Schlachten nicht fechten und gewinnen können, werden wir auch unsere europäischen Vorstellungen nicht in die Tat umzusetzen vermögen.

„Ja, es ging Europa schon besser“ und „ja, es gibt Schieflagen“; aber auch: „ja, es lohnt sich, weiterhin zielbewusst für die Fortsetzung der europäischen Integration zu kämpfen und dafür zu sorgen, dass das europäische Gesellschaftsmodell – nennen wir es ruhig den rheinischen Kapitalismus – unter neuen Voraussetzungen auch im 21. Jahrhundert auf unserem Kontinent eine Zukunft hat!“ Dazu ist mehr Europa notwendig und um mehr Europa hinzukriegen braucht man – wie es Bundespräsident Gauck 2013 in seiner Berliner Rede gesagt hat – sehr viel Mut: „Wir brauchen keine Bedenkenträger sondern Bannerträger, keine Zauderer sondern Zupacker, keine Getriebenen sondern Gestalter“. Besser kann man es meiner Meinung nach nicht sagen. Deshalb möchte ich meine Rede mit diesem Zitat abschließen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.